

WZ 26.5.20

Neue Stelle fasst Integration, interkulturelle Bildung und Städtepartnerschaft zusammen

Neues Handlungskonzept für Monheim um das Ziel „Stadt für alle“ zu erreichen

von D. Schmidt-Elmendorff

Monheim. Das Institut „So.con“ der Hochschule Niederrhein hat im Auftrag der Stadt ein Handlungskonzept für interkulturelle Bildung entwickelt. Die Autoren, darunter Institutsleiterin Beate Küpper, haben in ihrer ausführlichen Situationsbeschreibung festgestellt, dass es bereits eine Vielzahl von Konzepten unter dem strategischen Ziel der „Stadt für alle“ gibt. Viele der darin enthaltenen Ideen seien noch nicht umgesetzt. Bei vielen Akteuren zeigten sich daher „Ermüdungserscheinungen“. Es bestehe insgesamt eine gewisse „Übersättigung“ in Hinblick auf Themen wie „Inklusion und „Integration“.

Auch die Bürger haben auf dem Mitmach-Portal erklärt, dass das Zusammenleben eigentlich gut funktioniert, es gebe keinen Handlungsbedarf. Warum also? Bürgermeister Daniel Zimmermann (Peto) hat im Integrationsrat dazu erklärt, dass die AfD bei der Bundestagswahl in Monheim das zweitstärkste Ergebnis im Kreis Mettmann erreicht habe. Man müsse sich darauf gefasst machen, dass demnächst ein AfD-Mitglied im Stadtrat sitze, wenn man nicht gegensteuere. Integrationsratsvorsitzender Abdelmalek Bouzahra kommentiert: „Einige Parteien und Vereine werden an dem Konzept zu knabbern haben.“

Ziel von interkultureller Bildung
Interkulturelle Bildung ist ein Prozess des ständigen kritischen Hinterfragens der eigenen Wahrnehmung und Ein-

Neue Stelle

Für die Umsetzung des neuen Handlungskonzeptes soll eine Abteilungsleitung eingerichtet werden. Dort sollen alle bisher auf verschiedene Organisationseinheiten verteilten Aufgaben – Integration, interkulturelle Bildung und Städtepartnerschaften – zusammengefasst werden. Dafür wird eine neue Stelle geschaffen, und zwar bereits zum 1. August dieses Jahres

schätzungen, bei dem man sich seinen eigenen „gruppenbezogenen Egozentrismus“ bewusst machen soll, dass „die eigenen Selbstverständlichkeiten und lieb gewonnenen Gewohnheiten“ auch dem gegenüber „fremd“ erscheinen mögen. Es geht darum, wer eigentlich bestimmt, was „anders“, „fremd“ oder „unnormale“ ist? Von wem verlangt wird, sich umzustellen und etwas Neues zu lernen? Es läuft letztlich auf die Frage hinaus, ob eine Mehrheitsgesellschaft das Recht hat, zu bestimmen, was „normal“ und was „anders“ ist.

Rassismus und Rechtspopulismus
Im Umgang mit Rechtspopulisten sagen die Autoren: „Dialog ist hier der falsche Weg“, Überzeugungsarbeit leisten zu wollen, sei „verschwendete Energie“. Die Autoren erteilen der Position, sich im demokratischen Sinne dem Dialog mit



Auch das „Fest für Toleranz“ im Mai 2018 stand für Offenheit in der Stadt und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Archivfoto: Norbert Jakobs

Rechten zu stellen und die Gelegenheit zu nutzen, die Gegenseite mit guten Argumenten zu widerlegen, eine Absage. Sie bieten damit den argumentativen Unterbau für die Linie des Bürgermeisters, der im April 2019 eine AfD-Politikerin von einem Diskussionsforum der VHS ausgeladen hatte. So heißt es: „Würde, Vielfalt und Gleichwertigkeit“ seien nicht verhandelbar und den Rechten ginge es ja nur um „Agitation“. Das sei sogar eine ganz bewusste Ausgrenzung.

Konkrete Empfehlungen
Die Autoren empfehlen der Stadt Monheim eine Anti-Diskriminierungsstelle im Rathaus zu schaffen, Krisenpläne zu entwerfen, um auf unerwartete Ereignisse reagieren zu können, regelmäßige runde Tische mit Schlüsselpersonen aus Polizei, Schule, Sozialarbeit zu etablieren und Angsträume zu

identifizieren. Allerdings sei die Stadt zu all diesen Themen bereits „sehr gut ausgestattet“. Es fehlten Aktivitäten gegen die Abwertung von Schwulen und Lesben. Was die Forderung nach Teilhabe für Migranten angeht, hätten viele Akteure beklagt, dass ihre bereits vielfältigen Teilnehmungsangebote nicht nachgefragt werden, Veranstaltungen nicht besucht werden. Der Versuch, Kontakte aufzubauen, binde viel Energie und sorgt für viel Frust. Die Autoren empfehlen, auf Multiplikatoren zu setzen oder bei den Bildungsinstitutionen anzusetzen, was aber nicht neu ist.

Am Ende ihres Handlungskonzeptes kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass der Begriff „interkulturelle Bildung“ bereits so negativ besetzt sei, dass sie davon abraten, Aktivitäten „mit diesem Label zu bewerben“. Sie empfehlen, „auf jeden pädagogischen Impetus zu verzichten“.